

VÖS – Bund der Steuerzahler

Pressekonferenz 19.10.2010

Dr. Manfred Wagner

ANFORDERUNGEN AN ZUKÜNFTIGE

STEUERREFORMEN

Erhöhungen der Abgabenquote sanieren kein Budget, sondern bringen weitere Wettbewerbsnachteile für den Standort Österreich.

- keine neuen Steuern oder Erhöhungen bereits eingeführter Steuern ohne gleichzeitige oder höchstens kurzfristig verzögerte Entlastung an anderer Stelle (vorrangig in der viel zu hohen Besteuerung des Faktors Arbeit).
- keine Erfindung zusätzlicher Bürokratiemonster wie z.B. der Vermögensbesteuerung in der alten Form.

Die Besteuerung des „gesamten“ Vermögens ist unmöglich (wo bleiben die teuren Gemälde, Uhren oder Briefmarkensammlungen?), extrem aufwändig (sowohl für die Steuerpflichtigen als auch für die Finanzbehörden) und derzeit nicht verfassungskonform (die KESt ist per Verfassungsgesetz auch eine Endbesteuerung hinsichtlich der Vermögensbesteuerung!).

Die Auswirkungen auf Betriebsvermögen wären so kontraproduktiv wie die Gesellschaftsteuer!

Lösung:

Eine Veränderung im Steuersystem muss selbstverständlich möglich bleiben, Veränderungen im Verhältnis Ertrags- zu Vermögensbesteuerung dürfen jedoch nicht zu kurzfristigen Budgetsanierungen missbräuchlich verwendet werden und müssen leicht administrierbar bleiben.

Pressekonferenz VÖS Bund der Steuerzahler 19. 10. 2010

3. Ausgabenseitiges Sparen

*“Natürlich könnte ich es mir (...) leicht machen.
Die eine oder andere Steuer ist rasch erhöht.
Aber ich gehöre nicht zu denen,
die das Steuer-Rad mit der Steuer-Schraube verwechseln.“¹*

“Read my lips – no new taxes!”²

*“Daher bleibt uns gar nichts anderes übrig,
als unsere Ausgaben zu überdenken,
Liebgewonnenes in Frage zu stellen
und die eine oder andere „Heilige Kuh“ zu schlachten.“³*

„Die Ausgaben von heute sind die Steuern von morgen!“

Von wem stammen diese Aussagen?

Wen wundert es da noch, dass die Partei des Finanzministers in Wien als Kleinpartei nur mehr auf Augenhöhe mit den total zerstrittenen Grünen liegt.

Es gibt drei wirklich große Baustellen, die zur Reform anstehen:

1. die öffentliche Verwaltung (inklusive Bildungseinrichtungen und ÖBB)
2. die Pensionen
3. das Gesundheitssystem

¹ Josef Pröll am 14.10.2009.

² Präsidentschaftskandidat George Bush Senior, am 18. August 1988 im Rahmen einer Dankesrede.

³ Josef Pröll am 14.10.2009.

ad. 1. die öffentliche Verwaltung (inklusive Bildungseinrichtungen und ÖBB)

Die Kosten der Verwaltung machen fast% des Budgets aus

Österreich versucht, mit einer zum Teil noch aus der Monarchie stammenden Organisationsform die Probleme des 21. Jahrhunderts zu schaffen.

Die öffentliche Verwaltung ist in weiten Bereichen von einem Reformstau und Doppelgleisigkeiten gekennzeichnet und einfach viel zu langsam:

Jahrelange Bau-, Finanzstraf- oder Asylverfahren, um nur drei Beispiele zu nennen, sind unerträglich.

*“Mein Ziel ist ein öffentlicher Dienst,
der professionell, flexibel und effizient
quer durch alle Gebietskörperschaften
die Aufgaben der Verwaltung wahrnimmt
und für einen Quantensprung
in Qualität und Wirtschaftlichkeit sorgt.“*

Tatsächlich besteht aber – da man allen zuhört – kein Mut, Reformen durchzuziehen, aus Angst der eigenen Klientel damit zu schaden.

Am Anfang der Dekade schien das Problem zu sein „speed kills“ jetzt leider „sleep kills“.

Aktuelle Beispiele wie es nicht geht:

1. Bildungsbereich (1)

Die Bildungsministerin bei der Verlängerung der “Anwesenheit“ der Lehrer im Regen stehen zu lassen und den Freunden der GÖD den Rücken zu stärken

2. Bildungsbereich (2)

Kein Durchsetzen gegen die Länder die Bildung in der Bundeskompetenz zu konzentrieren.

“Mein Ziel ist klar:

Ich will klare Entscheidungsstrukturen und Verantwortlichkeiten. Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung müssen in einer Hand liegen.“⁴

3. ÖBB

Wen wundert´s, wenn im Gegenzug die SPÖ auch Klientelpolitik betreibt und Reformen bei der ÖBB blockiert – na so was.

Was wäre zu tun:

- Moderne Bildungspolitik umsetzen und im Bund zu konzentrieren.

⁴ Josef Pröll am 14.10.2009.

- das öffentliche Dienstrecht an das private anpassen, eine effiziente Amtshaftung gestalten und die Pragmatisierung auf verfassungsrechtlich notwendige und sinnvolle Kernbereiche zu beschränken
- Den Dienstleistungsgedanken in der gesamten staatlichen Verwaltung verankern und z.B. speziell im Management und dann auch bei den Mitarbeitern der ÖBB vorleben und umsetzen.
- Do the right things – not do the things right

ad. 2. die Pensionen

Wir werden immer älter und arbeiten immer kürzer – der Staatszuschuss zur PV steigt nach jüngsten Berechnungen in den nächsten drei Jahren von acht Milliarden € auf 14 Milliarden €.

“Reformkonzepte liegen bereits auf dem Tisch, allein der politische Wille sei noch ausständig.“⁵

Das Pensionszugangsalter ist von 62 auf 59 Jahre gesunken.
Die Lebenserwartung steigt hingegen weiter und weiter und somit die damit verbundenen Kosten.
1970 standen 43 Arbeitsjahre 34 Nichtarbeitsjahre gegenüber,
2010 stehen 35 Arbeitsjahre 48+ Nichtarbeitsjahre gegenüber.

*“Um sich auszurechnen, was das heißt,
braucht man kein Pensionsexperte zu sein.
Und auch kein Finanzminister.“⁶*

Stimmt! Warum fehlt dann der Wille bereits fertig ausgearbeitete Konzepte auch umzusetzen?

Die österreichischen Pensionen sind nur zu 70% gedeckt, der EU-Durchschnitt liegt hingegen bei 87%.

Stimmt Hr. Finanzminister und wer soll nun künftig diese Pensionen zahlen und wer setzt die nötige Fairness im System für die Umsetzung durch?

Zahlen und Fakten:

Beamte benötigen einen 4mal höheren Pensionszuschuss!
Der jährliche Pensionszuschuss eines ASVG, GSVG, FSVG, BSVG Versicherten beträgt 3.892€ (=Deckungsbeitrag von 75,3%), jener eines öffentlich Versicherten (Beamte Bund, Länder, Gemeinden) 15.302€ (=Deckungsbeitrag von 51,5%) ! In Summe ca.12, 2 Milliarden Euro (2008) weiter steigend.⁷

⁵ Rechnungshof-Präsident Josef Moser am 18.7.2010.

⁶ Josef Pröll am 14.10.2009.

⁷ Kronenzeitung Wien am 9.10.2010

Die mittlere Beamtenpension liegt bei 2.525 Euro, die durchschnittliche ASVG-Pension beträgt 984,55 Euro (1.309€ bei Männern und 732€ bei Frauen). Die Höchstpension für ASVG-Versicherte beträgt 2.364,49€.8

“Hier muss rasch Fairness im System hergestellt werden!”⁹

So kann es nicht funktionieren:

Sonderpensionen von Sozialversicherungsangestellten, Nationalbanker ... sind nicht selten 75% höher als ihre Beitragszahlungen.

*“Ich sage ganz klar:
Jede Pensionistin und jeder Pensionist
kann sich darauf verlassen,
dass in bestehende Pensionen nicht eingegriffen wird.”¹⁰*

Was wäre zu tun:

- Neue Pensionsmodelle einführen (Bsp.: Flexipensionsmodell)
- Arbeit im Alter muss geschätzt werden und sich für DN und DG auszahlen
- Kollektivverträge ändern, sonst werden ältere Arbeitnehmer zu teuer.
- Fairness im System schaffen.

ad. 3. das Gesundheitssystem

Wir leben immer länger, die Medizin wird immer leistungsfähiger und Krankheit darf nichts kosten

“Das österreichische Gesundheitssystem befindet sich auf der Intensivstation”¹¹

“...drohender Infarkt“

“...Selbstmord mit Anlauf“

“...Krankenhausplanung des Postkutschenzeitalters”¹²

Im österreichischen Gesundheitssystem besteht vor allem in den veralteten Strukturen erheblicher Reformbedarf.

*“Mein Ziel ist nicht ein teures,
sondern ein exzellentes
und hoch effizientes Gesundheitssystem!”¹³*

Ausgaben für Prävention: nur 60% des EU-Durchschnitts.
Dafür leistet sich Österreich aber 70% mehr Akutbetten und eine 70% höhere Aufnahmequote.

⁸ OBV, Änderungen am Pensionssystem sind notwendig – ohne Panik.

⁹ Josef Pröll am 14.10.2009.

¹⁰ Josef Pröll am 14.10.2009.

¹¹ DerStandard am 19.03.2010.

¹² All diese Worte findet Hans Jörg Schelling vom Hauptverband der Sozialversicherung über den Zustand unseres Gesundheitssystems.

¹³ Josef Pröll am 14.10.2009.

*“Ich plädiere daher
für eine Bündelung sämtlicher Finanzierungsströme
und eine Finanzierung aus einem Topf“¹⁴*

Beispielsweise im Pflegebereich gibt es 23 Entscheidungsträger, 280 administrative Stellen zur Verwaltung.

Die Gesundheitsreform darf nicht ausschließlich aus der Schließung von ein paar Spitälern bestehen.

Was wäre zu tun:

- Bedarfsorientierte transparente Finanzierung
- Kooperationen zwischen Krankenanstalten
- Faire Wettbewerbsbedingungen für die Anbieter von Gesundheitsleistungen
- Umsetzung des Grundsatzes Gleiches Entgelt für gleiche Leistung

Nun ist es an der Zeit !

“Es ist an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen.“¹⁵

und

“... verhandeln, bis weißer Rauch aufsteigt.“¹⁶

*“Erste die Verwaltungsreform fertig umsetzen,
dann erst kann man über Steuererhöhungen nachdenken.“¹⁷*

Die Verwaltungsreform aber nicht einmal zu beginnen und an der Steuerschraube zu drehen geht genau in die falsche Richtung.

*“Aber ich gehöre nicht zu denen,
die das Steuer-Rad mit der Steuer-Schraube verwechseln.“¹⁸*

*Finanzminister Josef Pröll stellt geringere Steuererhöhungen als
ursprünglich geplant in Aussicht“¹⁹*

*“Meine Damen und Herren,
Um das alles umzusetzen, braucht es Mut:
Mut zu Veränderungen,
Mut zum Dialog und Mut zur Leistung.
Und auch hier: Mut zur Wahrheit.“²⁰*

¹⁴ Josef Pröll am 14.10.2009.

¹⁵ Josef Pröll am 14.10.2009.

¹⁶ Josef Pröll am 14.10.2009.

¹⁷ Rechnungshof-Präsident Josef Moser am 17.7.2010.

¹⁸ Josef Pröll am 14.10.2009.

¹⁹ Der Standard 21.9.2010

²⁰ Josef Pröll am 14.10.2009.

Daher bitten wir den Finanzminister (als selbst bezeichneten Bauern) Mut zu Veränderung und Wahrheit, die „Heiligen Kühe“ zu schlachten und **das Steuer-Rad nicht mit der Steuer-Schraube zu verwechseln.**

Weitere Aussagen des Finanzministers:

*“Denn vergessen wir nicht:
Gerade jene Menschen, die Steuern zahlen,
sind die tragende Säule in unserer Gesellschaft.”²¹*

*“Darauf wird von all jenen,
die nach Steuererhöhungen rufen, oft vergessen.”²²*

*“Deshalb bin ich so strikt gegen neue Steuern.
Weil sie jene belasten, die das System erhalten und stützten.”²³*

*“Alle diese Vorschläge bringen uns weiter.
Aber nur dann,
wenn wir die Verwaltungsreform zur Chefsache machen.
Im Bund genauso wie in den Ländern”²⁴*

*„Wenn ich vorher
Im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung
Davon gesprochen habe,
dass ich keine neuen Steuern möchte,
dann hat das seinen guten Grund.”²⁵*

*“Für mich ist die Steuerfrage
Auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit
Und der Solidarität mit den arbeitenden Menschen.”²⁶*

*“Denn vergessen wir nie:
Alles, womit wir hier im Finanzministerium arbeiten,
kommt von irgendwo her.
Vom Landwirt aus Vorarlberg,*

...

...

*Bis hin zum Polizisten in Wien.
Das sind die Geber,
die wir heute einmal beim Namen nennen wollen.
Die Nehmer sind uns allgemein bekannt.”²⁷*

²¹ Josef Pröll am 14.10.2009.

²² Josef Pröll am 14.10.2009.

²³ Josef Pröll am 14.10.2009.

²⁴ Josef Pröll am 14.10.2009.

²⁵ Josef Pröll am 14.10.2009.

²⁶ Josef Pröll am 14.10.2009.

²⁷ Josef Pröll am 14.10.2009.